

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

1. Jahrgang Dresden, Freitag, den 18. September 1925 Nummer 134

## Vollständiger Sieg der 23 in Heidelberg

### Restlose Wiederaufnahme - Vollständige Unterwerfung der Linken

Die Entscheidung des Heidelberger Parteitag im Sachkonflikt ist gefallen. Wie wir vorausgesetzt, und wie nicht anders zu erwarten war, sind die „Linken“ auf der ganzen Linie geslagen. Die 23 haben einen vollständigen Sieg errungen. Nach einigen Redensarten haben sich die Linken dann um der „Einheit der Partei“ willen unterworfen. Das Vorgehen des Parteivorstandes hat Erfolg gehabt. Die Sachkommission hat nach Beendigung ihrer Arbeit dem Parteitag folgenden Beschlus vorgelegt:

Die wirtschaftliche und politische Situation in Sachsen macht eine Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats notwendig. Der Parteitag billigt deshalb die bisherige Stellungnahme des Parteivorstandes und seine dauernden Bemühungen, den Sachkonflikt einer Lösung entgegenzuführen. Die Frage der Landtagsauflösung, die in diesem Konflikt eine erhebliche Rolle spielt, darf nur nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden. Für diese Entscheidung bleibt maßgebend der Beschlus des Berliner Parteitages von 1924. Auf der Grundlage dieses Beschlusses verlangt der Parteitag, daß zunächst die Fraktionsmehrheit und -minderheit des Landtages sich wieder zu einer Fraktion zusammenschließen und unter Zuziehung einer Vertretung des Parteivorstandes beraten und entscheiden. Die Landtagsauflösung nur der Fraktionsmehrheit und den Landtagsminderheiten und dem Parteivorstand ist bald als legend möglich beraten und gemeinsam entschieden zu werden.

Der Parteitag erklärt ferner, daß durch diesen Beschlus alle gegen die sächsischen Parteigenossen aus Anlaß des Sachkonfliktes anhängig gewordenen Ausschließverfahren erledigt sind, daß die beteiligten Parteigenossen wieder in ihre Parteirechte eingeseht werden und ihnen die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung in Presse und Versammlung zu geben ist, daß aber von ihnen erwartet wird, daß sie sich im Rahmen der Beschlüsse der Landesorganisationen halten. Der Parteitag gibt weiterhin seinem Redner darüber Ausdruck, daß die Parteimitglieder in Sachsen in der Presse, in Versammlung und in persönlichen Redereien mit einer Schärfe geführt werden muß, die nicht gebilligt werden kann. Der Parteitag hat das Vertrauen zu allen beteiligten Genossen, daß sie durch kameradschaftliche Ausföhrung dieses Beschlusses des Parteitages den Sachkonflikt endgültig beilegen und damit in Sachsen die Bahn freimachen zur fruchtbarsten Arbeit für den Sozialismus.

Die Billigung der Haltung des Parteivorstandes, die in dieser Erklärung ausgesprochen ist, bedeutet zuerst, daß die Haltung der 23 gebilligt wird. Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß die 23 restlos wieder aufgenommen werden. Die Leute, die den Achtundzestag in den sächsischen Werken abbauen halfen, die die Gemeindeführung verfehlten, die die Amnestie ablehnten, die Leute, die von den Artz, Ebel und Genossen als „Verräter am Proletariat“, „Agenten der Bourgeoisie“, „Kapitalisten-Insekten“ oft genug gekennzeichnet wurden, sind wieder vollgültige Mitglieder. Ja, noch mehr: Sie sind die Führer der Politik. Denn was anderes befragt der Beschlus, eine einheitliche Fraktion zu bilden, als daß sich in dieser die 16 unter die 23, die die Mehrheit haben, unterwerfen müssen. Zudem werden die „Linken“ unter die ständige Vormundschaft des Parteivorstandes gestellt, der in Streitfragen zugezogen werden und entscheiden soll. Bezirksvorstand und Fraktion erhalten je eine Stimme zu Schlichtungskommissionen. Die dritte Stimme hat der Parteivorstand. Das heißt, die 23, bisher von den sozialdemokratischen Arbeitern verlassen Fraktionsmitglieder erhalten soviel Rechte wie der Bezirksvorstand, hinter dem die Mitglieder stehen. Dazu kommt der Vorstand, der wie immer im Sinne der Rechten entscheidet.

Der Landtag wird vorläufig nicht aufgelöst. Die Argumente Bethles, daß man den deutschsozialparteilichen Koalitionsgenossen das nicht antun könne, waren stichhaltig genug, um die Kommission zu veranlassen, die verlangte Auflösung abzulehnen. Diese soll erst nach sächsischen Gesichtspunkten, und zwar mit dem Parteivorstand, entschieden werden.

Was sind aber die sächsischen Gründe des Parteivorstandes, nach dem er über die Auflösung des Landtages entscheiden wird? Die Opposition des Parteivorstandes gegen die Reichsregierung wird mit der Klar ausgesprochenen Absicht betrieben, baldigst in die Reichsregierung zu kommen. Wenn möglich und notwendig, gar mit den Deutschnationalen. Da hat der Parteivorstand sein Interesse daran, sich durch einen Wahlkampf in Sachsen die Möglichkeiten verschaffen zu lassen. Aller Voraussicht nach wird also mit einer Auflösung nicht zu rechnen sein.

Die Niederlage der „Linken“ konnte nicht größer sein. Was machen die „Linken“ dagegen? Nun das, was sie immer gemacht haben: Sie geben eine parlamentarische Erklärung ab, daß sie gegen den Beschlus sind, aber — aus Disziplin sich dem Beschlus unterwerfen. Das heißt, die „Linken“ werden für die Wiederaufnahme der 23 eintreten, sie werden den 23, die jetzt keinen Anhang mehr haben, wieder Anhang verschaffen. Da die Politik der 23 die bestimmende ist, werden die „Linken“, nachdem sie sich unterworfen, ihre Phrasen aufgeben müssen. Die Rechten werden damit nicht nur die Führung im Landtag, sondern auch in den Parteiorganisationen erhalten.

Der ganze Theatersput „linker“ sozialdemokratischer Politik verfliegt wie Spreu. Die „Linken“ schwanken in das Lager der 23.

Vor der sächsischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft steht nun die Frage: will sie diese Schwankung widerstandslos vollziehen?

Die „Linken“ werfen die Frage der Parteidisziplin und der Parteieinheit auf. Nach den klaren Feststellungen, die sie früher selbst gemacht haben, handelt es sich aber um Disziplin für die Politik des Arbeitererrates, um die Einheit der Partei mit den Vertretern am Proletariat, in der die 23, und nicht die „Linken“, die Führung haben.

Wollen die sozialdemokratischen Arbeiter Führer haben, die im Interesse der Kapitalisten handeln? Kein Arbeiter, der ehrlich den Befreiungskampf des Proletariats will, kann mit dieser Partei gehen, kein ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter kann die Führung der rechten Vertreter wollen.

Die „linken“ Führer wollen sich unterwerfen — nicht unterwerfen dürfen sich die Arbeiter! Sie müssen und werden den Kampf gegen die Politik der Kapitalisten fortsetzen, sie werden keine Einheitsfront mit den Kapitalisten, sondern die Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern bilden.

Der Beschlus des Heidelberger Parteitages, der freudig begrüßt wird von den Bürgerlichen, ist ein Beschlus gegen die Arbeiter. Die Arbeiter werden daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen. Die Arbeiter Sachsens stehen nun vor der Entscheidung. Seit Jahren wurde ihnen von den „Linken“ versprochen, daß diese aus der SPD, wieder eine Kampfpartei machen würden. Der Beschlus von Heidelberg zerstört diese Illusionen ein für allemal.

Für die Arbeiter gibt es keinen anderen Weg als den: Kampf gemeinsam Schulter an Schulter, unter einer Fahne mit den Kommunisten gegen die Feinde der Arbeiterklasse!

### Vor einer Regierungstrife

Deutschnationale gegen die Pattisonierung

Die deutschnationale Lüderregierung steht vor einer Krise. Selbst die Stabilisierungs-Regierung bleibt nicht lange stabil. Die Deutschnationalen, die seit ihrem Eintritt in die Reichsregierung die westliche Orientierung tapfer mitgemacht haben, die um die Eroberung von Steuern und Zöllen die nationalen Phrasen eine Zeitlang in die Höhe gehalten, scheinen jetzt von ihrem Geschäft besträubt. Sie glauben den Zeitpunkt für gekommen, wieder der Stimmung ihrer Wähler mehr Rücksicht zu tragen.

In Dresden nahmen die Deutschnationalen nach einem Restlos von Herzt folgende Entschlieung an:

„Die Inkommung zum Abschluss eines Vertrages, durch den freiwillig in irgendwelcher Form deutsches Land preisgegeben wird oder zum Eintritt in den Völkerverbund dergestaltiger Gestaltung, ist für eine deutschnationale Partei unmöglich. Es ist die Aufgabe der Partei, durch ihre dazu bezuhenen Vertreter Vertragsannahme und Eintritt in den Völkerverbund zu verhindern und besonders durchzusetzen, daß eine Außenministerkonferenz überhaupt nicht besteht, wenn nicht vorher die Erfüllung der wirklich unverzichtbaren Forderung der Deutschnationalen (Rede des Grafen Westphal) durch bindende Zusagen der Ententeemächte zugesichert und sichergestellt ist. Können die Deutschnationalen dieses Ziel nicht erreichen, so verlangen sie Selbstachtung und Selbsthaltungsbetrieb der Partei in gleicher Weise wie der Gedanke an die Zukunft des deutschen Vaterlandes den Austritt aus der Reichsregierung.“

In Potsdam wurde eine gleiche Entschlieung angenommen. Die Deutschnationalen ersehen die Zeit für gekommen, mit die verlorenen Wähler wieder föhren wollen.

Ob es zur Krise kommt, steht noch dahin, während der „Vorwärts“ schon darauf spekuliert, um die Ministerposten zu belegen, äußert sich die übrige Presse ziemlich kühl.

### Der sächsische Ebert

Bethle in Heidelberg

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die im letzten Vertrauen auf die „linken“ Führer noch in der SPD verblieben sind, erleben mit ihren Hoffnungen, die sie auf den Heidelberger Parteitag gesetzt haben, eine neue schwere Enttäuschung. Sie sind um eine Illusion ärmer und um eine heilsame Erfahrung reicher geworden. Die Treue zu ihrer Partei, die für viele ehrlichen Proleten ein Stück des eigenen Lebens bedeutet, war durch die allzu offenen Verräterei der 23 im sächsischen Landtage aufs schwerste erschüttert.

Geblichen war ihnen der Glaube an die Ehrlichkeit der „linken“ Führer, geblieben war der Glaube, daß ihre Partei, für die sie gekämpft und Opfer gebracht haben, den Willen der breiten Massen der Mitglieder respektieren würde. Geblichen war vor allem den sächsischen sozialdemokratischen Arbeitern die Hoffnung, der Parteitag würde die offenen Verräter am sächsischen Proletariat aus den eigenen Reihen entfernen.

Diese Hoffnungen, die nur verständlich sind aus der Tatsache, daß die sozialdemokratischen Arbeiter das Wesen und die Rolle ihrer Partei noch immer nicht erkannt und begriffen haben, sind vernichtet.

Gegen in Heidelberg sind die Vertreter — die Betrogenen die sozialdemokratischen Arbeiter!

Das ist das einzige praktische Ergebnis der Heidelberger Tagung der SPD.

Das Ergebnis der Beratungen der vom Heidelberger Parteitage eingesetzten Sachkommission, das nunmehr dem Parteitage vorliegt und ohne jeden Zweifel von der überwältigenden Mehrheit der Delegierten zum Beschlus erhoben wird, und dem sich auch die „Linken“ fügen werden — „aus Disziplin“, wie die „Dr. L.“ gekostert Klama laut bemerkt —, verlangt von den sozialdemokratischen Arbeitern kameradschaftliches Zusammenarbeiten mit den mit vollen Rechten und allen Ehren wieder rehabilitierten, Hansruchten der sächsischen Koalitionsregierung.

Für jeden ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter wird das Ergebnis des Heidelberger Parteitages die Erkenntnis bringen, daß ein weiteres Verbleiben in dieser Partei nicht mehr möglich ist. Zeigen doch gerade die Verhandlungen in Heidelberg, insbesondere die Behandlung des Sachkonfliktes, klar und eindeutig die Rolle der SPD, als die Partei des bewußten Arbeitererrates. Am deutlichsten, für die sächsischen Arbeiter am verständlichsten, ergibt sich das erneut aus der Rede des Landtagsabgeordneten Bethle, dem Verteidiger der 23 Renegaten. Welche erbärmliche Jubastrolche Bethle seit Jahren in Sachsen getrieben hat, bestätigt dieser laubere Patron bei seiner Rede auf dem Parteitage, als ihm von den „Linken“ der Zwischenruf gemacht wurde, daß er ja selbst für die Politik in Sachsen im Jahre 1923, vor allem an der Bildung der Hundertschaften, mitverantwortlich sei. Bethle antwortete darauf dem Zwischenrufer nach dem Bericht der „Dresdner Volkszeitung“ folgendes:

„Gewiß, ich habe mich mit Widerstreben an die Spitze gestellt, weil meine ganze Tätigkeit seit Jahren darin bestand, diese Dummschneit abzulegen.“

Die revolutionären Arbeiter der Bourgeoisie auszu liefern, das also war die Aufgabe Bethles, die Bewegung und den revolutionären Willen der Arbeiter abzulegen, deswegen stellte er sich an die Spitze. Diese zynische Frechheit, mit der Bethle sich zu seiner Jubastrolche bekennt, findet ihr Vorbild in der Rolle Eberts im Koalitionsarbeitsvertrag, wie sie im Magdeburger Reichardt-Prozess zutage getreten ist. Das ist nicht nur die Rolle Eberts, die Bethle wiederholt, das ist das tiefere Wesen und die geschichtliche Rolle der mit der Bourgeoisie auf Gedeih und Verderb verbundenen sozialdemokratischen Führerschaft, und Bethle bekennt nur erneut, daß die SPD sich in allen entscheidenden Situationen als die schärfste Stütze der Konterrevolution erweist. Mit den Beschlüssen der Sachkommission, denen die Mehrheit der Delegierten ihre Zustimmung geben wird, stellt sich der Parteitag hinter die 23 und best, ihre offenen Verräterei.

Was tun die sächsischen „Linken“, auf die Arbeiter der Sozialdemokratischen Partei ihre Hoffnungen gesetzt haben? Die „Dresdner Volkszeitung“ kündigte bereits gestern die Unterwerfung der „Linken“ an. Sie lautet:

„Die sächsische Delegation best, gegen den Willen der 23 sich in dieser Entschlieung zu fügen hat. Sie wird sich nach dieser Entschlieung fügen und bei einer Auflösung des Parteitages ihre besondere Stellungnahme ablegen. Die Erklärung wird noch einmal den ganzen Sachsen-